

Grosser, Günter

Article — Digitized Version

Die Konjunktursituation Europas im Zeichen der Ölkrise

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Grosser, Günter (1974) : Die Konjunktursituation Europas im Zeichen der Ölkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 1, pp. 31-34

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/134633>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Konjunktursituation Europas im Zeichen der Ölkrise

Günter Großer, Hamburg

Die üblichen Bestimmungsgründe der konjunkturellen Entwicklung sind in den letzten Monaten mit den Embargomaßnahmen der arabischen Erdölländer in den Hintergrund getreten. Zum dominierenden Faktor wurde die bis dahin zumindest außerhalb der USA unproblematische Versorgung mit Energierohstoffen. Schon bevor sich die Öllieferungen an die Verbraucherländer effektiv verringerten, kam es hier zu den ersten ausgeprägten Verknappungserscheinungen. Sie waren Ausdruck der Vorsorgekäufe, die in einer ohnehin nicht mehr vom Angebotsdruck früherer Jahre gekennzeichneten Marktlage einsetzten.

Unter diesen Umständen ergaben sich vor allem auf den internationalen Märkten, auf denen die nationalen Versorgungsdefizite und -überschüsse ausgeglichen werden, Preissteigerungen, die weit höher waren, als der Anhebung der staatlichen Abgaben in den Förderländern entsprechen hätte. Über die Benzin- und Heizölpreise schlugen diese Preisanstöße auch unmittelbar auf die Verbraucherstufe durch und hoben die bereits ungewöhnlich hohen Teuerungsraten zum Teil noch beträchtlich an. Die Auswirkungen der Rohölverknappung auf Produktion und Nachfrage sind demgegenüber bis zur Jahreswende im allgemeinen erst weniger deutlich hervorgetreten; sie belasten aber außerordentlich die weiteren Konjunkturaussichten.

Auslaufender Aufschwung

Die Erdölkrise traf die westeuropäischen Volkswirtschaften in der Auslaufphase eines Konjunkturaufschwungs. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1973 im Durchschnitt um knapp 6 % gestiegen sein. Spitzenreiter war dabei mit einer Wachstumsrate von schätzungsweise 6,5 % Frankreich, während sie in Belgien, der Bundesrepublik

Deutschland, Großbritannien, Italien und Österreich zwischen 5,5 und 6 % lag und in den übrigen westeuropäischen Industrieländern zwischen 4,5 und 5 %. Das rasche Tempo des Produktionsanstiegs, der in Westeuropa in der Industrie vom Spätsommer 1972 bis zum Frühjahr 1973 saisonbereinigt einer Jahresrate von mehr als 15 % entsprochen hatte, ließ allerdings im Laufe des vergangenen Jahres bereits nach; der Konjunkturaufschwung im Sinne einer steigenden Auslastung des Potentials kam offenbar vielfach bereits vor der Jahresmitte zum Stillstand. Die wichtigste Ausnahme bildete dabei Italien. Dort hatten die seit langem anhaltenden Bemühungen zur Ankurbelung der Konjunktur nach einer mehr als dreijährigen Quasi-Stagnation endlich sichtbaren Erfolg, als im April 1973 die letzte große Streikwelle erbbte.

Der auslaufende Konjunkturaufschwung in Westeuropa hat nicht ganz die Intensität wie in früheren Zyklen erreicht. Das zeigt sich einmal darin, daß die Wachstumsrate in vergleichbaren Jahren stets etwas höher war, obwohl Großbritannien – anders als 1973 – den Durchschnitt stark drückte. Zum anderen ergab sich diesmal das atypische Bild, daß die Anlageinvestitionen – gewöhnlich der Motor eines Aufschwungs – mit einer preisbereinigten Ausweitung von reichlich 5 % in Westeuropa insgesamt nicht stärker expandierten als der private Konsum. Darin schlug sich namentlich die ge-

Günter Großer, 41, Diplom-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

dämpfte Entwicklung der Bautätigkeit nieder. Anscheinend hat in diesem Sektor die Politik der Kreditverteuerung die Nachfrage doch gebremst. Wenn die Zunahme des Bruttosozialprodukts dennoch merklich größer war als die von Konsum und Investitionen, so beruhte dies vornehmlich auf der für den Aufschwung kennzeichnenden Erhöhung der Lagerinvestitionen. Erst im späteren Verlauf des Jahres scheinen hier vorsichtigere Absatz-erwartungen und hohe Zinsen zu weniger expansiven und sektoral bereits kontraktiven Dispositionen geführt zu haben, speziell in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Bremswirkungen durch die USA

Durch die wirtschaftlichen Beziehungen zur Außenwelt hat die Einkommensbildung in Westeuropa im vergangenen Jahr offenbar keine Anregungen erfahren. Das Handelsbilanzdefizit im Warenaustausch mit anderen Wirtschaftsräumen hat sogar erheblich zugenommen, da die Ausfuhrerlöse mit dem raschen Anstieg der Einfuhrwerte nicht Schritt hielten. Zu dieser Entwicklung trug die außenwirtschaftliche Wende in den USA maßgeblich bei. Obwohl deren Bruttosozialprodukt 1973 wie im Vorjahr um über 6% zunahm und die Auslastung der Produktionsfaktoren einen hohen Stand erreichte, hat sich die Zunahme der Einfuhr stark verlangsamt, die der Ausfuhr dagegen außerordentlich stark beschleunigt. So kam es früher als erwartet zu einer Aktivierung der amerikanischen Handelsbilanz. Offensichtlich hat die faktische Abwertung des Dollars von Mitte 1971 bis Mitte 1973 die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Produzenten auf in- und ausländischen Märkten nunmehr doch erheblich gesteigert. Darüber hinaus aber wurden die USA – vor allem bei der Ausfuhr von Agrarprodukten – durch die anhaltende Hausse auf den internationalen Rohwarenmärkten begünstigt. Der HWWA-Index der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Industrierohstoffe war etwa im Jahresdurchschnitt 1973 auf Dollarbasis um über 50% höher als vor Jahresfrist. Es ist demnach nicht erstaunlich, daß Westeuropas Handelsbilanz sich auch gegenüber den Rohstoffländern erheblich passivierte.

Der Preisauftrieb in Westeuropa empfing durch das Zusammentreffen der Hausse auf den Weltrohstoffmärkten mit der internen konjunkturell bedingten Beschleunigung der Preis-Lohn-Spirale bei tendenziell ohnehin anhaltender Verschärfung des Verteilungskampfes außerordentlich kräftige Impulse. Der Preisindex des Bruttosozialprodukts, der die Verteuerung der Einfuhrprodukte gar nicht einmal berücksichtigt, stieg 1973 in den westeuropäischen Volkswirtschaften im Durchschnitt um annähernd 8%, d. h. beachtlich stärker als die Pro-

duktion. Unter den zyklisch besten Stabilitätsbedingungen, nämlich im Aufschwungsjahr, bot so die Preisentwicklung das ungünstigste Bild seit Anfang der fünfziger Jahre. Auf der Verbraucherebene kennzeichneten schon vor dem neuen Preisschub im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt Teuerungsraten im Vorjahresvergleich von 6,5 bis 7% (in Belgien, der BR Deutschland, Norwegen, Österreich, Schweden) das Höchstmaß an realisierter Stabilität, und 8% (Frankreich, Niederlande) stellten sich noch als mittleres Ergebnis dar. In einer Reihe von Ländern wurden aber schon 10% annähernd erreicht bzw. sogar überschritten (Schweiz, Großbritannien, Dänemark, Italien).

Zaghafte Inflationsbekämpfung

Trotz dieser inflatorischen Entwicklung verfolgten die wirtschaftspolitischen Instanzen, von wenigen Ausnahmen wie z. B. der Bundesrepublik abgesehen, nur eine relativ behutsame, vor allem auf „teures Geld“ gerichtete Restriktionspolitik. Ausschlaggebend für diese Zurückhaltung waren beschäftigungspolitische Rücksichten, denn der Konjunkturaufschwung schlug sich auf den Arbeitsmärkten weniger deutlich nieder als im Einsatz der Sachkapazitäten. Der Ausweg wurde im zunehmenden Rückgriff auf staatliche Preis- und zum Teil auch Lohnkontrollen gesucht. Allein noch die Bundesrepublik verzichtete auf diese Instrumente. Der Einsatz der Einkommenspolitik wurde laufend modifiziert. Ein nennenswerter Erfolg blieb ihr indes in Ermangelung ausreichend restriktiver Rahmenbedingungen zwangsläufig versagt.

Das wirtschaftspolitische Dilemma im Zielkonflikt zwischen Stabilität und Beschäftigung drohte sich bereits vor dem Ausbruch der Ölkrise weiter zu verschärfen. Einerseits war kaum irgendwo eine Abschwächung des Kosten- und Preisanstiegs in Sicht. Andererseits begannen aber die konjunkturellen Auftriebskräfte bereits nachzulassen. Dies galt auch für die außereuropäischen Industrieländer, insbesondere für die USA. Selbst unter der Annahme eines nur sanften Abschwungs, ohne Übergang in eine regelrechte Rezession, wäre dort eine Halbierung der wirtschaftlichen Wachstumsrate auf etwa 3% zu erwarten gewesen. Angesichts der offenbar stark verbesserten internationalen Wettbewerbsposition der amerikanischen Produzenten hätte dies schon eine weitere Beeinträchtigung der westeuropäischen Außenhandelsentwicklung bedeutet.

Aber auch die internen konjunkturellen Auftriebskräfte ließen für die meisten westeuropäischen Volkswirtschaften bereits eine mehr oder weniger deutliche Abflachung des Produktionsanstiegs er-

warten. Ausnahmen bildeten vor allem Italien und Schweden, d. h. Länder, die gerade erst im Begriff sind, einen tiefen konjunkturellen Einbruch in den Vorjahren zu überwinden. Andererseits zeichnete sich, abgesehen von der BR Deutschland, nur noch in Großbritannien eine drastische Verringerung der Wachstumsrate ab. Die durchschnittliche Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts ließ sich auch für 1974 noch auf nahezu 4 bis 4,5 % schätzen, einen nur wenig unter dem längerfristigen Durchschnitt liegenden Wert.

Überholte Prognosen

Mit dem partiellen Lieferembargo der arabischen Erdölländer sind alle vorher erstellten Prognosen der konjunkturellen Entwicklung überholt. Sie können nur noch in begrenztem Maße als Orientierungsbasis für die notwendigen neuen Überlegungen benutzt werden. Der ohnehin gegebene Unsicherheitsgrad einer Vorausschau hat sich unter den veränderten Bedingungen aber noch außerordentlich stark erhöht. Ist schon der gegenwärtige effektive Versorgungsgrad der westeuropäischen Volkswirtschaften mit Rohöl nicht genau bekannt, so gilt das erst recht für seine künftige Entwicklung. Darüber hinaus müssen die Auswirkungen einer bestimmten Kürzung der verfügbaren Ölmengen mit zahlreichen Annahmen über Verhaltensweisen, produktionstechnische Relationen und wirtschaftspolitische Reaktionen versehen werden, ohne sich an vergleichbaren Situationen in der Vergangenheit orientieren zu können.

Energieversorgung nach Energieträgern

(Anteil in %, auf Basis SKE)

Land	Kohle	Rohöl	Naturgas	Elektrizität ¹⁾
EG insgesamt (1972) a)	24,3	59,2	11,6	4,9
Belgien	25,8	59,6	14,2	0,4
BR Deutschland	32,3	55,5	8,9	3,3
Frankreich	18,4	66,0	7,1	8,5
Großbritannien	35,3	49,8	10,7	4,2
Italien	6,6	73,6	10,4	9,4
Niederlande	5,6	48,2	46,2	—
USA (1970)	20,6	41,0	36,9	1,5
Japan (1970)	26,9	68,4	1,5	3,2

a) Schätzung. ¹⁾ Wasserkraft und Kernenergie.

Quellen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Energiebilanzen, Januar 1973. — United Nations, World Energy Supplies 1961–1970.

Die Bedeutung der Rohölversorgung für die westeuropäische Wirtschaft geht daraus hervor, daß fast 60% des Verbrauchs an Energierohstoffen (einschließlich nichtenergetischer Verwendungen, besonders in der chemischen Industrie) auf Rohöl entfällt. Hiervon wiederum werden rd. 97% importiert, und dies zu fast drei Vierteln aus arabischen Quellen. Damit sind über 40% der in Westeuropa eingesetzten Energierohstoffe vom Embar-

go bedroht (vgl. Tabelle). Hier wird einmal von der Hypothese ausgegangen, die zunächst proklamierte 25%-Kürzung würde für einen längeren Zeitraum in die Tat umgesetzt. Daraus ergäbe sich bei den genannten Relationen eine Verringerung des in Westeuropa verfügbaren Rohöls um etwas weniger als 20%. Sicherlich wäre nunmehr ein verstärkter Rückgriff auf andere Energieträger zu erwarten. Könnte ihr Verbrauch etwa um jährlich 10% gesteigert werden — eine vielleicht schon etwas optimistische Annahme —, dann verbliebe immer noch eine Schrumpfung des gesamten Energieangebots gegenüber dem Stand vor der Krise um rd. 6%. Die Folgen, die sich daraus für den Konjunkturverlauf ergäben, sollen hier zunächst in einer Gesamtbetrachtung für Westeuropa behandelt werden.

Bremung des Produktionsanstiegs

Obwohl sich in den sechziger Jahren in Westeuropa das reale Bruttosozialprodukt und der Energieverbrauch mittelfristig in etwa gleichem Tempo veränderten, wäre es verfehlt, jetzt aus einer Einschränkung der Energieverfügbarkeit eine ebenso große Verringerung des Produktionsvolumens zu folgern. Einmal werden die Bemühungen um überproportionale Energieeinsparungen im Bereich der privaten Haushalte gewisse Erfolge haben, und zum andern wird die Energieökonomie auch im Unternehmensbereich verstärkt werden. Immerhin wird dies alles kaum verhindern können, daß bei einer nachhaltigen Verminderung der Rohölaufuhr um annähernd 20% das reale Bruttosozialprodukt in den westeuropäischen Volkswirtschaften nicht mehr zunähme.

Als direkte Folge würde durch die Energielücke quasi das verfügbare Produktionspotential der westeuropäischen Wirtschaft beschränkt. Es wäre aber gar nicht einmal von vornherein sicher, daß die verbliebenen Produktionsmöglichkeiten voll genutzt würden. Dazu wäre es einmal erforderlich, den Mangel an Rohöl stets produktionstechnisch optimal auf alternative Verwendungen zu verteilen, zum andern aber auch, daß Niveau und Struktur der Nachfrage die optimale Nutzung der verfügbaren Ressourcen gewährleisten. Dies ist um so schwieriger, je mehr die Aussicht auf eine längere Dauer der Ölkrise in Westeuropa sowohl die Konsum- wie auch die Investitionsneigung drückt. Im ungünstigsten Fall müßte unter diesen Umständen mit einem Nebeneinander von Produktionsengpässen und einer durch Nachfragemangel bedingten Unterauslastung in anderen Bereichen gerechnet werden.

Die Einengung des verfügbaren Produktionspotentials durch Energiemangel würde sich teilweise in unvermeidlichen Produktivitätsverlusten durch un-

rationellere Arbeitsabläufe niederschlagen. Teilweise aber wäre Unterbeschäftigung die Folge. Sie dürfte sich zuerst noch in mehr verborgener Form ausbreiten, indem Betriebe zumindest einen erheblichen Teil der nicht mehr benötigten Arbeitskräfte durchhielten. Bald aber müßte mit einem verstärkten Anstieg auch der offenen Arbeitslosigkeit in Westeuropa gerechnet werden, da die betrieblichen Dispositionen sich zunehmend an den neuen Daten orientierten und überdies der technische Fortschritt bei nicht oder auch nur wenig steigender Produktion ständig Arbeitskräfte überflüssig machen würde. Diese Folgen des Ölmanagements wären für die westeuropäischen Regierungen nach der schwachen Reaktion der Arbeitsmärkte im konjunkturellen Aufschwung um so problematischer.

Neue Impulse für den Preisauftrieb

Die dergestalt von der Ölkrise ausgelöste Bedrohung des Beschäftigungszieles in allen westeuropäischen Volkswirtschaften trifft zusammen mit neuen Impulsen für die Inflation. Sie gehen zunächst schon von der drastischen Anhebung der Richtpreise für die Bemessung der Abgaben an die Förderländer aus. Allein hierdurch dürfte das gesamte Güterangebot in Westeuropa um fast zwei Prozent verteuert werden. Hinzu kommen aber wegen der Verknappung des Rohöls innereuropäische Kostenanstöße durch Produktivitätsverluste in Mineralölindustrie und -handel sowie in nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. Die Einschränkung des Wettbewerbs durch Mangelerscheinungen wird auf verschiedenen Märkten auch die Ausweitung von Gewinnmargen erleichtern. Wie stark die Inflation tatsächlich beschleunigt wird, wird von den Verhaltensweisen der Unternehmen und Gewerkschaften sowie von den Rahmendaten abhängen, die die Wirtschaftspolitik in der veränderten Situation setzt.

Nicht übersehen werden darf die außenwirtschaftliche Bedeutung der drastischen Rohölvertéuerung. Immerhin entfielen zuletzt etwa 22% des Wertes der westeuropäischen Importe aus anderen Wirtschaftsräumen auf Erdöl. Die Erhöhung des Rohölpreises von Anfang Oktober bis Anfang Januar dürfte den Einfuhraufwand – auf Basis der vor dem Embargo importierten Mengen – um einen Betrag vergrößern, der für Westeuropa eine Größenordnung von etwa 25 Mrd. Dollar jährlich erreicht – und das bei einem europäischen Gesamtüberschuß in der Bilanz der laufenden Zahlungsbilanzposten von „nur“ etwa 5 bis 6 Mrd. Dollar. Seine Umkehr in ein Defizit wird auch durch die gleichzeitig in Gang gebrachte Anhebung der westeuropäischen Exportpreise nicht verhindert werden können. Derartige Erwartungen dürften sich bereits in der Abwertungstendenz der westeuropäischen Währungen gegenüber dem

Dollar, die im November einsetzte, niedergeschlagen haben. Diese Änderung der Wechselkursrelationen verstärkt im übrigen die direkten Kosten- und Preisteigerungsanstöße von außen weiter.

Graduelle Abweichungen nach Ländern

Die dargestellten Folgen einer über längere Zeit anhaltenden Kürzung der Rohöleinfuhr um annähernd 20% aufgrund des arabischen Embargos würden nicht alle westeuropäischen Volkswirtschaften in gleicher Härte treffen. So wüßte sich Frankreich ganz gewiß einen erheblichen Nutzen seiner Vorzugstellung bei den arabischen Ölländern zu sichern. Aber der enge Rohölversorgungsverbund und die interindustrielle Verflechtung ließen wahrscheinlich nur die Entstehung gradueller Abweichungen der Situation in den einzelnen Ländern zu, während die entstehende Problematik weitgehend gleich wäre. Insbesondere gilt dies für das Dilemma der Wirtschaftspolitik, einen Rückgang der Beschäftigung, der durch Energiemangel bedingt ist, nicht mit den üblichen Ankurbelungsmaßnahmen unter Inkaufnahme beschleunigten Preisanstiegs auffangen zu können. Umgekehrt würden Nachfragerestriktionen zur Bekämpfung des verstärkten Preisauftriebs die ohnehin nachlassende Konsum- und Investitionsneigung leicht stärker treffen als nötig. Wenn in dieser Situation die westeuropäischen Regierungen abweichende Strategien verfolgten, würden sich wahrscheinlich unterschiedliche Knappheitsrelationen zwischen Angebot und Nachfrage einstellen. Dann aber wüßte die Gefahr der Einführung neuer Exportrestriktionen. Gerade für Westeuropa aber wäre es ein gefährlicher Fehler, die Unvereinbarkeit eines auf internationaler Arbeitsteilung beruhenden hohen Realeinkommensniveaus mit nationalen Abschließungsmaßnahmen zu übersehen.

Die aufgezeigten Gefahren des arabischen Erdöl-embargos für die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa würden allerdings erst in voller Schärfe akut, wenn es über längere Zeit hinweg, ohne Aussicht auf baldige Lockerung, in dem unterstellten oder gar in noch verstärktem Umfang aufrechterhalten würde. Kaum weniger wahrscheinlich wäre aber auch eine Entwicklung, bei der die arabischen Öllieferungen nach Westeuropa – und sei es stillschweigend – weniger stark eingeschränkt oder gar wieder erhöht würden. Selbst damit wäre zwar die bereits ausgelöste Abkühlung der westeuropäischen Konjunktur nicht mehr rückgängig zu machen, aber die Aussicht auf ein „Null“- oder gar „Minus-Wachstum“ und seine beschäftigungspolitischen Konsequenzen in Westeuropa brauchte nicht länger als realistisch zu gelten.